

POPULISMUS – URSACHEN UND FALSCH ANTWORTEN

DIRK JÖRKE

„Populismus“ ist ein umkämpfter Begriff, der stark normative Konnotationen hat und häufig polemisch verwendet wird; dies mit dem Ziel, den „populistischen“ Gegner als einen „Volksverführer“ zu diskreditieren – oder aber, um sich selbst eine besondere „Volksverbundenheit“ zuzuschreiben. In Deutschland überwiegt die abwertende Begriffsverwendung, die positive Selbstbeschreibung als „Populist“ findet sich selten. Auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur ist die negative normative Konnotation vorherrschend. Dies führt in der sozialwissenschaftlichen Praxis zu einem Changieren zwischen wissenschaftlicher Analyse und normativer Polemik, die der Selbstvergewisserung als „gutem Demokraten“ dient, der auf der richtigen Seite steht.

Der Begriff des Populismus löst affektive Reaktionen aus. Eine gleichsam nüchterne Verwendung des Begriffs scheint fast unmöglich zu sein. Dennoch besitzt er einen analytischen Mehrwert, den man nicht verschenken sollte. Denn er kann dabei helfen, ein Phänomen zu beschreiben, das aus der Realität moderner Demokratien nicht mehr wegzudenken ist und das auf Legitimationsprobleme der Demokratie verweist. Populismus ist nicht nur selbst ein normatives Problem, sondern auch ein Problemindikator.

Populismus ist durch eine *dünne Ideologie* gekennzeichnet. Im Unterschied zu den politischen Ideologien des Sozialismus, Liberalismus und Konservatismus besitzt er per se keine politische Programmatik; er artikuliert kein spezifisches politisches Projekt. Er stellt vielmehr eine bestimmte *Form* der Auseinandersetzung dar, die auf eine dualistische Strukturierung des politischen Raums abzielt. Aus diesem Grund muss Populismus in der Praxis mit programmatischen Inhalten angereichert werden, um als politische Kraft identifizierbar zu sein und Unterstützung zu finden. Diese Inhalte sind immer kulturell geprägt, kontextuell variabel und sie können nahezu allen Seiten des politischen Spektrums entstammen, d.h. es kann einen Links-, Rechts- und auch einen Populismus der Mitte geben. In Europa ist gegenwärtig freilich der Rechtspopulismus auf dem Vormarsch.

Der Populismus strukturiert den politischen Raum *dualistisch*. Populisten berufen sich auf „das einfache Volk“ bzw. den „common sense“ der „ordinary people“ und inszenieren sich als deren Sprachrohr. Zugleich grenzen sie sich polemisch gegen „die Elite“ bzw. „das Establishment“ ab. Die Unterscheidung zwischen Volk und Elite wird im Populismus *moralistisch* aufgeladen und mit einer Bedrohungsrhetorik versehen. Die Kernbotschaft lautet: Die böse Elite bedroht das gute Volk. Populistische Politiker und Parteien insze-

nieren sich als Sprachrohr des guten Volks und sie sagen der Elite symbolisch den Kampf an.

Dieser „Kampf“ richtet sich auch gegen die intermediären Institutionen der repräsentativen Demokratie, vor allem gegen die Parteien und die Medien. Rhetorisch setzen sich populistische Akteure häufig für eine unmittelbare Beteiligung des Demos ein, praktisch weisen sie dieselben, zumeist sogar verstärkt, elitären Züge politischer Führung auf, die sie den etablierten politischen Kräften vorwerfen. Aus diesem Grunde ist der Populismus durch eine *Spannung* zwischen der Forderung nach direkten Formen der Demokratie auf der einen Seite und der Bedeutsamkeit charismatischer Politiker, hierarchischer Organisationsstrukturen und der Missachtung demokratischer Verfahren auf der anderen Seite gekennzeichnet. Eine Spannung, die populistische Politiker häufig durch ihre Berufung auf plebiszitäre Legitimität aufzulösen trachten.

Für den *Rechtspopulismus*, der gegenwärtig in West- und Osteuropa vorherrschend ist, sind zudem ein antipluralistisches Verständnis von Demokratie und ein starker kultureller oder ethnischer Nationalismus charakteristisch. Letzterer führt dazu, dass der Übergang vom Rechtspopulismus hin zum Rechtsradikalismus in der politischen Wirklichkeit fließend ist. Aus einem Populismus *in* der Demokratie kann ein Populismus *gegen* die Demokratie werden.

Die Ursachen für den Aufstieg des Populismus sind vielgestaltig. Von Bedeutung sind vor allem die fortlaufende Modernisierung der Gesellschaft samt der damit verbundenen Individualisierungs-, Differenzierungs- und Fragmentierungstendenzen; die politische, kulturelle und ökonomische Globalisierung, insbesondere die Steigerung der Interdependenz der Nationalstaaten, die auf die nationalen Kulturen und die hergebrachten Lebensformen umgestaltend einwirkt; die Erosion medialer Filter der politischen Willensbildung durch neue Medien; die Erschöpfung eines im weiten Sinne sozialdemokratischen Verteilungsmodells, das den Kapitalismus auch für abhängig Beschäftigte akzeptabel machte; und schließlich die Zunahme bürgerferner Politik, etwa durch das Anwachsen undurchsichtiger Verhandlungsregime jenseits der nationalen Öffentlichkeit und der Praxis der etablierten Parteien, den politischen „Markt“ wie in einem Kartell unter sich aufzuteilen – und in den großen politischen Fragen einer Meinung zu sein.

Zudem ist es in den vergangenen Jahren zu einer kosmopolitischen Über-

dehnung gekommen, die weniger demokratisch als liberal gewesen ist. Sowohl der ökonomische, als auch der politische und nicht zuletzt der kulturelle Kosmopolitismus haben in den vergangenen beiden Jahrzehnten die westlichen Demokratien rapide verändert. Diese Veränderung ist auch das Ergebnis nicht intendierten sozialen Wandels, aber in großen Teilen ist sie durch politische Entscheidungen bewusst herbeigeführt worden. Wie auch immer man diese Veränderungen bewerten mag, konzeditieren muss man wohl: ein beträchtlicher Teil der Bürger und Bürgerinnen lehnt sie ab. Für politische Ordnungen, die sich als Demokratien beschreiben, muss das zum Problem werden.

Die vorherrschende liberal-deliberative Demokratietheorie begegnet dem Populismus bloß ablehnend und bestätigt ihn damit, und zwar indem sie die populistische Politik als unterkomplex, unsachlich und irrational denunziert und ihr ein Politikmodell entgegenstellt, das sehr weit von den tatsächlichen politischen Praktiken entfernt ist und sich dadurch als Ideologie entlarvt.

Das liberal-deliberative Politikmodell geht mit zwei Annahmen einher, die verstärkt als Fiktionen bewusst werden. Die erste Annahme ist die Fiktion der politischen Gleichheit, der zufolge in der Demokratie die Norm politischer Gleichheit nicht nur gelte, sondern auch realisiert sei. Die zweite Annahme ist die Fiktion der politischen Rationalität; sie besagt, dass politische Entscheidungen in der Demokratie vernünftig und sachlich gefällt werden. Beide Annahmen sind offenkundige Fiktionen, die die politische Wirklichkeit in westlichen Demokratien sehr verzerrt darstellen. Gleichwohl bilden sie das Fundament der vorherrschenden Theorie der Demokratie.

Vor diesem Hintergrund deutet die liberal-deliberative Demokratietheorie den Populismus als unterkomplex und freiheitsgefährdend. Sie lässt sich geradezu als Antithese zum Populismus verstehen und viele Beiträge zum Populismus sind von ihr inspiriert. Infolge ihrer liberal-deliberativen Prägung bleiben die meisten wissenschaftlichen wie auch politisch motivierten Auseinandersetzungen bei einer moralischen Verurteilung stehen, sie tragen wenig zum Verständnis des Phänomens bei und machen sich selbst angreifbar. Denn ihre moralische Ausgrenzung des Populismus nach dem Motto „spiel nicht mit den Schmutzkindern“ bestätigt und intensiviert den Populismus – vor allem, da diese Ausgrenzung selbst als eine sachliche und vernünftige maskiert wird.

Damit wird zum einen die populistische gut/böse Unterscheidung reprodu-

ziert; hier die guten Demokraten, dort die bösen Populisten; insofern ist der gegenwärtig vorherrschenden Demokratietheorie, aber auch der medialen Auseinandersetzung mit dem Populismus selbst, ein populistischer Zug eingeschrieben. Zum anderen werden dadurch populistische Reaktionsweisen zusätzlich verstärkt. Wenn man sich unter Bezug auf demokratische Werte in die Schmutzdecke gestellt sieht, als undemokratisch, schlecht, irrational, unsachlich usw. beschrieben wird, dürfte dies den Hass auf die liberale Demokratie und ihre Repräsentanten eher verstärken.

Der Kern der Demokratie besteht darin, dass die Herrschaftsunterworfenen der Herrschaftsausübung – wie auch immer vermittelt – zustimmen, und zwar nicht nur potentiell, sondern tatsächlich, und sei es durch die Wahl einer Oppositionspartei. In einem „populistischen Moment“ wird diese Form der Zustimmung verweigert. Daher ist es verkürzt, den Populismus lediglich als pathologisch, als einen antimodernistischen Affekt zu denunzieren, wie dies in vielen der jüngeren Veröffentlichungen geschieht. Demgegenüber gilt es, das im Populismus zum Ausdruck kommende Unbehagen an der derzeitigen Demokratie ernst zu nehmen. Er muss mithin als Indikator interpretiert werden, der die nachlassende Integrationskraft der westlichen Demokratie anzeigt. Und er sollte den Eliten als Warnung gelten, die Versprechen der Demokratie wieder ernster zu nehmen.